Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit

Katholische Verbände und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) setzen sich vor dem Hintergrund der biblischen Botschaft und der katholischen Soziallehre seit Jahrzehnten für gerechte und menschenwürdige Verhältnisse im Leben der Menschen ein. Die Enzyklika von Papst Franziskus „Fratelli tutti“ bestärkt uns darin.

Gerechte und solidarische Arbeitsbedingungen sind für den sozialen Frieden und eine zukunftsfähige Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Wir widmen uns seit langem dem Thema „Gerechte und faire Löhne“. Durch eine zunehmende Tarifflucht erleben wir Löhne, die weit unter Tarif liegen, die Diskriminierung bestimmter Gruppen und Lohndumping durch Subunternehmer. Diese Entwicklungen beschleunigen die Spaltung unserer Gesellschaft und führen zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und -bedingungen.

Die Tarifbindung von Unternehmen lag nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung zu Beginn dieses Jahrtausends bei 65 % und ist bis 2015 auf 35 % gesunken[1]. Treiber war nicht die meist tarifgebundene Exportindustrie, sondern die drastisch zunehmende Tarifflucht im Bereich Dienstleistungen und Handel. Inzwischen sind nach den jüngsten Statistiken des Statistischen Bundesamtes nur noch 21 % der Unternehmen an Tarifverträge gebunden; nur 49 % aller Beschäftigten werden nach Tarif bezahlt[2]. Die Sozialpartnerschaft als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft gerät ins Wanken. Inzwischen arbeiten 7 Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnsektor. Minilöhne fördern soziale Abstiegsszenarien und erzeugen in breiten Schichten das Potential für ein radikales Wählerverhalten. Denn dem geringen Lohn folgen Minirenten, Altersarmut und Armut des Staates, da die Finanzierung von steigenden Sozialleistungen aus Steuermitteln nur schwer leistbar sein wird. Wo Tarifverträge das Entgelt der unteren Lohngruppen regeln, verliert der gesetzliche Mindestlohn durch seine geringe Höhe zunehmend an Bedeutung, da er diese grundsätzliche Problemlage nicht beheben kann.

Darüber hinaus ergibt sich auch für die Unternehmen eine gefährliche Entwicklung. Tarifzahlende Unternehmen, vor allem mittelständische, leiden unter massiven Wettbewerbsverzerrungen. Lohndumping durch Tarifflucht gehört inzwischen zum Geschäftsmodell vieler Unternehmen. Nach Informationen aus dem Bundesarbeitsministerium erwartet die EU-Kommission, dass Deutschland Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den anderen EU-Ländern ergreift. Die Tarifflucht aus Branchentarifen zerstört die Tarifeinheit in Branchen und Unternehmen, fördert die Entstehung von berufsgruppenbezogenen Einzelgewerkschaften, verstärkt die Zersplitterung

der Tariflandschaft und ist auch eine der Ursachen für zunehmende Streiks durch konkurrierende Gewerkschaften. Selbstverpflichtungen und Freiwilligkeit reichen nicht mehr aus.

Deshalb fordert die Initiative von BKU, KAB, kfd, Kolping und dem ZdK unsere Bundestagsabgeordneten auf, die gegebenen Versprechen einzulösen und in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Gesetzesinitiative zu starten, die sicherstellt,

- dass die von den Sozialpartnern autonom ausgehandelten Branchentarifverträge verbindlich für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gelten, auch für Werkverträge und Leiharbeit,
- dass die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand nur noch an tarifzahlende Unternehmen erfolgt, wie es in einigen Bundesländern bereits der Fall ist,
- dass durch eine gesetzlich gewährleistete, gesteigerte Entgelttransparenz geschlechtsunabhängige und gerechte Löhne gezahlt werden.

[1] Vgl. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/maerz/studie-lohngleichheit
[2] Vgl. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Tabellen/tarifbindung-deutschland-betriebe.html und https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Tarifverdienste-Tarifbindung/Tabellen/tarifbindung-deutschland-arbeitnehmer.html

Um die Unterstützung des ZdK aktualisierte Fassung, Juli 2025